

Jahresbericht 2014

Inhalt

Vorwort	Seite 5
1. Die Handlungsfelder nach der Gemeindeordnung (GemO).....	Seite 7
2. Die Handlungsfelder nach dem Landesgleichstellungsgesetz..... von Rheinland-Pfalz (LGG)	Seite 16
3. Tätigkeitsschwerpunkte als Beauftragte für die Belange behinderter Menschen.....	Seite 17
4. Verschiedenes.....	Seite 20
5. Glossar.....	Seite 20
6. Anhang.....	Seite 25
Impressum	Seite 29

Vorwort

„Frauen sollte (...) das zugestanden werden, was für Männer selbstverständlich ist:
Nämlich gleich und anders zu sein, ohne dass dies Benachteiligungen nach sich zieht.“

Herlinde Pauer-Studer, Philosophin

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende fünfte Bericht – der auch das „Jubiläumsjahr“, 25 Jahre Gleichstellungsstelle, beinhaltet – vermittelt Ihnen einen Einblick in meine Tätigkeiten des Jahres 2014, vertieft einige meiner Arbeitsschwerpunkte und schließt ab mit einem Glossar zu den aus meiner Sicht erwähnenswerten gleichstellungsrelevanten Aktivitäten auf bundespolitischer Ebene.

Ich bedanke mich herzlich bei allen meinen Netzwerkpartner/innen aus Institutionen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit und freue mich auf deren Fortsetzung.

Frankenthal (Pfalz), Dezember 2014



Birgit Löwer

1. Die Handlungsfelder als Gleichstellungsbeauftragte nach der Gemeindeordnung (GemO)

Arbeitsfelder „Kommunale und regionale Netzwerke“

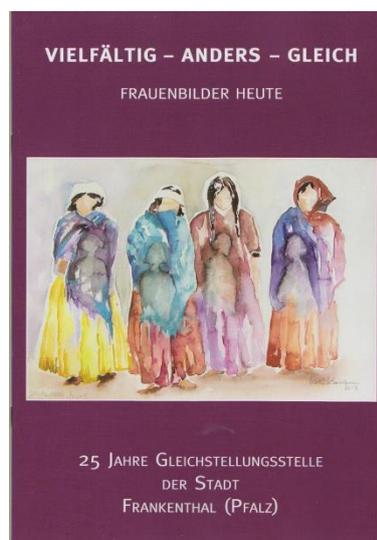
➤ 25 Jahre Gleichstellungsstelle

Im Februar 1989 noch ein Novum für Politik und Verwaltung, heute eine Selbstverständlichkeit: Die Gleichstellungsstelle der Stadt Frankenthal.



Mit einer Ausstellungseröffnung unter dem Motto "VIELFÄLTIG – ANDERS – GLEICH: Frauenbilder heute" feierte die Gleichstellungsstelle im Frühjahr dieses Jahres ihr 25-jähriges Bestehen.

Viele von Ihnen haben an der Veranstaltung teilgenommen und den Abend für anregende Gespräche und spannende Einblicke in das künstlerische Werk von Karin Klomann und Hui-Ling Yang genutzt (siehe auch Anlagen 1 bis 4).



Nun ist eine Dokumentation zur Jubiläumsveranstaltung erschienen, die neben den Grußworten des Bürgermeisters Martin Hebich und der Leiterin der Abteilung Frauen im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, der Laudatio der Kunsthistorikerin Madeleine Rettig zur Ausstellungseröffnung auch einen Streifzug von den Anfängen über die Gegenwart bis in die Zukunft der Gleichstellungsstelle enthält.

Die farbig bebilderte, 32 Seiten umfassende Broschüre ist bei der Gleichstellungsstelle kostenfrei erhältlich.

Das Jubiläum wurde zudem in einem, von Bürgermeister und der Gleichstellungsbeauftragten gemeinsam verfassten Beitrag in der Broschüre „Frankenthal einst und jetzt“, Ausgabe 2014 gewürdigt.



Beim Besuch der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Frankenthal überreichte die Gleichstellungsbeauftragte die druckfrische Dokumentation.

Im Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten hob die Ministerpräsidentin hervor, dass Gleichstellungspolitik darauf ausgerichtet sein müsse, traditionelle Rollenbilder zu überwinden zugunsten einer freien Entfaltung der Potenziale von Frauen und Männern. Die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gleichberechtigte Partizipation von Frauen in der Gesellschaft liege ihr besonders am Herzen. Deshalb sei es ihr wichtig, Frauen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und gleichzeitig strukturelle Barrieren und Ungleichheiten abzubauen.

➤ **30 Jahre Frauenselbsthilfegruppe nach Krebs e.V.**



Die Frauenselbsthilfegruppe nach Krebs e.V., Gruppe Frankenthal, Anlaufstelle für Betroffene und interessierte Angehörige, bietet nicht nur ein Forum, um gesundheitliche Themen zu diskutieren, Wissen und Informationen auszutauschen sondern auch um gemeinsam etwas zu unternehmen. In dem Anliegen, dass alle von den Treffen etwas für sich mitnehmen können, das ihnen hilft und sie weiterbringt. In **Würdigung des 30-jährigen Engagements**, das mit einem Festakt im Dathenushaus am 3. April 2014 gefeiert wurde, überreichte die Gleichstellungsbeauftragte dem dreiköpfigen Vorstandsteam jeweils ein Blumenpräsen.

➤ **Filmfestival der Generationen**



Im Rahmen des 5. Europäischen Filmfestivals der Generationen moderierte die Gleichstellungsbeauftragte im Anschluss an den Film „Die Herbstzeitlosen“ – einer leisen Komödie über die Selbstbestimmung älterer Frauen, Entwicklungsgewinne im Alter, jenseits geschlechtsspezifischer Rollenzuschreibungen und Altersstereotypen – das Publikumsgespräch.

➤ **Projekt OaSE**



Die Gleichstellungsbeauftragte unterstützte das von der Stadt Frankenthal und Familie in Bewegung 2014 ins Leben gerufene **Projekt OaSE**, ein fortlaufendes Gruppenangebot für getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Eltern und ihre Kinder.

Es ergänzt das Angebot der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, das nach einem Trägerwechsel fortgeführt werden konnte.

- Zudem war sie zu Gast bei einer Qualifizierungsmaßnahme des Jobcenters für Alleinerziehende „**Beruf und Kinder**“. Hier stellte sie sich den Fragen der Kursteilnehmerinnen u.a. zu Kinderbetreuungsangeboten außerhalb der Regelzeiten und nahm Anregungen für ihre weitere Tätigkeit auf.

Arbeitsfelder „Erwerbstätigkeit, Wiedereinstieg, Vereinbarkeit Beruf und Familie“

- Mit dem Seminar „**Mit Farbe und Stil zu mehr Persönlichkeit**“ und der **Vortragsreihe „Frau sorgt vor!“** setzte die Gleichstellungsstelle im Frühjahr die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der VHS Frankenthal fort.



Die Vorträge **Frauen und Rente: Wichtiges auf den Punkt gebracht** und **Private Altersvorsorge für Frauen – Fallstricke vermeiden und Altersarmut vorbeugen** trugen der besonderen Situation von Frauen und ihrer Rente Rechnung.

„Es ist wichtig, dass Frauen sich so früh wie möglich um ihre eigene Altersvorsorge kümmern. Denn im Rentenalter bekommen gerade Frauen häufig die Quittung für Familienpausen und Teilzeitbeschäftigungen: Ihre Rente reicht nicht aus und sie finden sich plötzlich in prekären finanziellen

Verhältnissen wieder, letztlich, weil sie sich gar nicht oder zu spät um ihre Altersvorsorge gekümmert haben“, erklärte dazu die rheinland-pfälzische Frauenministerin Irene Alt und Schirmherrin der Vortragsreihe. „Und Frauen trifft außerdem durch die insgesamt niedrigere Entlohnung ein größeres Altersarmutsrisiko als Männer“, ergänzt die städtische Gleichstellungsbeauftragte Birgit Löwer.

Die Zahlen des Allensbacher Instituts für Demoskopie, nach denen nur jeder vierte der heute 30-59-Jährigen davon ausgeht, genügend für das Alter zurücklegen zu können, sind alarmierend. Zumal es noch immer vor allem die Frauen sind, die wegen wahrge-nommener Familienaufgaben finanzielle Nachteile erleiden. Jede Pause in der Erwerbs-tätigkeit oder Teilzeitbeschäftigung schmälert letztlich die Rentenansprüche.

Hinzu kommt, dass Frauen trotz vergleichbarer Qualifikationen und Tätigkeit immer noch schlechter bezahlt werden als Männer. Das führt dazu, dass in Deutschland Männer durchschnittlich eine gesetzliche Monatsrente von rund 998 Euro bekommen, Frauen lediglich rund 739 Euro – das macht einen Unterschied von 259 Euro.

Spezielles Augenmerk lag deshalb auf den Fragen, wie Frauen Fallstricke vermeiden und Altersarmut vorbeugen können. Neben Informationen darüber, wie sich die verschiedenen Lebens- und Erwerbssituationen von Frauen – Elternzeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Teilzeitarbeit und Minijobs – nicht nur rentenrechtlich sondern auch bei der zusätzlichen Eigenvorsorge auswirken und wie sich im Falle einer Scheidung der Versorgungsausgleich darstellt, gab es Anregungen für eine eigenständige Alterssicherung und private Altersvorsorgemöglichkeiten.

- Im Herbst folgten mit den beiden Vorträgen **Mehr Frauen in Führung – aber wie?** und **Familie oder Karriere?! Beides für beide!** zwei weitere Kooperationsangebote der Gleichstellungsstelle und der VHS.



Immer mehr Frauen nehmen aktiv am Arbeitsmarkt teil. Zugleich haben immer mehr von ihnen hervorragende Berufs- und Studienabschlüsse. Trotzdem erfahren Frauen in Deutschland noch immer keine gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungs- und Führungspositionen. Anders als Männer stoßen sie an die sogenannte „gläserne Decke“ – die Führungsetagen bleiben ihnen versperrt.

Daran haben auch die vielen Diskussionen und Modelle der letzten Jahre nichts geändert. Doch nicht erst die Debatten um Vereinbarungen für eine Quote hat das Thema „Frauen in Führungsverantwortung“ mit neuer Aktualität in den Fokus gerückt. Mit Blick auf die demografische und gesellschaftliche Entwicklung ist es unbestreitbar ein Top-Thema.

Die beiden Vorträge stellten, auch vor dem Hintergrund eines prognostizierten Fachkräftemangels, die gerechte(-re) Teilhabe von Frauen und Männern bei der Entfaltung und Aufgabenverteilung in Beruf und Familie in den Mittelpunkt. Angesprochen waren sowohl Arbeitgebende als auch Beschäftigte. Es wurden betriebliche Handlungsfelder einer familienbewussten und lebensphasenorientierten Personalführung identifiziert und verschiedene Maßnahmen zum Ausbau des Anteils von Frauen in Führungspositionen vorgestellt.



Darüber hinaus wurden Best Practise Beispiele einer familienfreundlichen Personalpolitik zur Auflösung des häufig noch von Frauen erlebten Vereinbarkeitsspagats zwischen Beruf und Familie, zwischen Kindern und Karriere sowie zwischen Wunsch und Wirklichkeit illustriert und Ideen und Beispiele, die Männer und Väter in familienbewusste Angebote von Betrieben miteinschließen, diskutiert.

Im Anschluss an die Vorträge der Referentin von der „ZeitZeichen Informationsstelle“ an der Universität Trier war Gelegenheit für einen moderierten Erfahrungs- und Meinungsaustausch, der von den zahlreichen Teilnehmer/innen rege genutzt wurde.



Ausgewählte Plakate der prämierten Ausstellung „Mehr Frauen in Führung“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Fachhochschule für Gestaltung Mainz begleiteten die Vorträge.

Die Plakatmotive sind als Postkartenset bei der Gleichstellungsstelle erhältlich.

➤ „... und raus bist Du?“ – Minijobs und Teilzeit nach Erwerbsunterbrechungen von Frauen

**equal
pay
day, -**

Die berufliche Karriere trotz Familie weiterzuführen stellt gerade für Frauen eine große Herausforderung dar. Vor allem Frauen unterbrechen aufgrund von Familienaufgaben häufig ihre Erwerbstätigkeit und kehren danach nicht selten in Minijobs oder geringer Teilzeit ins Berufsleben zurück – eine Lösung, die zunächst im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie praktisch erscheint. „Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ist für viele Frauen ein Weg zurück in den Arbeitsmarkt. Doch auf Dauer entstehen neue Probleme“, wie die Gleichstellungsbeauftragte in der Presseankündigung konstatierte.

Unter dem Motto „... und raus bist Du?“ stellte der diesjährige Equal Pay Day am 21. März deshalb Teilzeit und Minijobs nach Erwerbspausen in den Mittelpunkt. Dazu und zu den Folgen dieser Beschäftigungsformen für Karriereentwicklung und eigenständige Existenzsicherung, informierten die Gleichstellungsstelle und der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Vorder- und Südpfalz an einem Informationsstand von 11 – 13 Uhr in der Fußgängerzone.

Der Equal Pay Day symbolisiert den Tag, der den Verdienstunterschied von Frauen und Männern aufzeigt, der laut statistischem Bundesamt bei 22 Prozent liegt. Der kommende findet am 20. März 2015 statt. Der Termin steht für 79 Tage, die Frauen im Jahr mehr arbeiten müssen, um rein rechnerisch auf das durchschnittliche Gehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen.

- Zum dritten Mal in Folge fanden unter dem Dach der Bundesinitiative „**Perspektive Wiedereinstieg**“ (PWE) in Zusammenarbeit mit der Ludwigshafener Agentur für Arbeit und der Neustadter Beratungsstelle Frau & Beruf **zwei Beratungstage** und **ein Informationstag** statt. Angesprochen waren Frauen, die nach einer Familienphase den beruflichen Wiedereinstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anstreben. Sowohl die individuelle Beratung als auch das breit gefächerte Informationsangebot haben sich als geeignete (Teil-) Maßnahmen zur Fachkräftesicherung etabliert und sollen 2015 fortgesetzt werden. Die Unterstützung der Stadt Frankenthal bei der Umsetzung von

Maßnahmen im Rahmen des Projektes „Perspektive Wiedereinstieg“ wurde in einer **Kooperationsvereinbarung** festgehalten.

- In mehreren Sitzungen befasste sich der **Arbeitskreis „Frauen und Mädchen am Arbeitsmarkt“** (FUMA) – ein Netzwerk der Gleichstellungsbeauftragten der Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer, der Gleichstellungsbeauftragten des Rhein-Pfalz-Kreises, der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt sowie der Gleichstellungsbeauftragten des Jobcenters Vorderpfalz-Ludwigshafen – mit der **Situation und den Bedarfen Alleinerziehender**. Dabei wurden die aktuellen Daten aus beiden Rechtskreisen – SGB II (Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II bei Langzeitarbeitslosigkeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnraums – auch Arbeitslosengeld, ALG II genannt und SGB III (Bezug von Arbeitslosengeld I bei Arbeitslosigkeit bis zu 12 Monaten nach deren Beginn – ebenso in den Blick genommen wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Erwerbsverhalten, Vermittlungshemmnisse und aktuelle Maßnahmen des Jobcenters. Es konnten erste Handlungsfelder für den Arbeitskreis identifiziert, jedoch noch nicht abschließend diskutiert werden. Die Situation der Alleinerziehenden soll Schwerpunktthema 2015 bleiben (siehe dazu auch „Glossar“).

Arbeitsfeld „Integration von Frauen mit Migrationshintergrund“

- **Internationales Frauenfrühstück**



Das Internationale Frauenfrühstück blickt auf eine lange Tradition zurück. Als Ort der Begegnung und des Austausches befördert es neben dem Dialog über vielfältige Lebensmodelle, Geschlechterrollen und Rollenzuschreibungen von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund die Akzeptanz des Miteinanders.

Im Jubiläumsjahr der Gleichstellungsstelle konnten die Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration und die Gleichstellungsbeauftragte wieder zahlreiche Vertreterinnen aus Politik und Kultur und Gäste verschiedener Frauenorganisationen und –verbände begrüßen.

- Auf Einladung der Frauenorganisation Lajna Imaillah der Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde besuchte die Gleichstellungsbeauftragte den **Vortrag „Rechte der Frau im Islam“**.
- Beim Besuch der **Tagung „Geschlechterrollen in der Einwanderungsgesellschaft“** erhielt die Gleichstellungsbeauftragte weitere Impulse für eine differenzierte Diskussion über die vielfältigen Lebensmodelle muslimischer Frauen.
- Im Rahmen der Tage der Integration bot sie einen **Vortrag in deutscher und türkischer Sprache** unter dem Titel **„Ein Gesicht der Armut ist weiblich“** an. Die Referentin Sefariye Eksi stellte in ihrem Vortrag die Ursachen weiblicher Armut dar und ging der Frage nach, inwieweit diese geschlechtsspezifisch begründet, also „weiblich“ sind. Dabei beleuchtete sie auch die Situation von Frauen, die in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, den sogenannten Minijobs tätig sind und zeigte auf, welche Folgen sich daraus für das spätere Rentenalter und die Existenzsicherung ergeben.

Arbeitsfeld „Überregionale Kooperationen“

- Gemeinsam mit sechs weiteren Sprecherinnen vertritt die Gleichstellungsbeauftragte die Interessen der 42 in der **Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz** (LAG GemO) zusammen geschlossenen Kolleginnen gegenüber den Landesbehörden.

In dieser Funktion ist sie weiterhin Ansprechpartnerin für das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) und verantwortet die Redaktion des 2011 eingerichteten Internetauftritts der Landesarbeitsgemeinschaft www.frauenbeauftragte-rlp.de.

- An der von LAG und MIFKJF gemeinsam konzipierten und landesweit ausgerichteten Veranstaltungsreihe „**Frau sorgt vor – Informationen zur sozialen und finanziellen Absicherung von Frauen**“ beteiligte sie sich mit der örtlichen **Vortragsreihe „Frau sorgt vor!“** (siehe dazu auch Seiten 9 und 10).
- Die Gleichstellungsbeauftragte setzt nach einstimmiger Wiederwahl ihre Tätigkeit als eine von sechs Sprecherinnen der **Landesarbeitsgemeinschaft der behördlich wirkenden Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz** (LAG-LGG) fort.

Das Gremium befasste sich neben der Vorbereitung zweier Plenumsitzungen u.a. mit den Themen „**Einsatz anonymisierter Bewerbungsverfahren**“, der „**Zulässigkeit von Zielquoten für Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst sowie zur Verankerung von Sanktionen bei Nichteinhaltung**“ und der „**Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten bei der Kommunalreform**“.

- In einem Vortrag zeigte die Leiterin des Referates Antidiskriminierung und Vielfalt im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Mechthild Gerigk-Koch auf, wie das **anonymisierte Bewerbungsverfahren als Instrument für mehr Chancengleichheit im Auswahlverfahren** eingesetzt werden kann. Anhand konkreter Beispiele macht sie deutlich, welche Vorteile aus dem Verfahren gezogen werden, aber auch, mit welchen Schwierigkeiten Organisationen am Anfang zu kämpfen hatten. Sie erläutert, wie diese Probleme behoben werden und wie Verwaltungen ohne große Umstrukturierungen das anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen können. In diesem Kontext informierte sie auch über ein, über den Zeitraum von drei Jahren laufendes Landesprojekt und stellte die Veröffentlichung der Ergebnisse für 2015 in Aussicht.
- Ein Rechtsgutachten des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier ergab, dass eine **effektive Frauenförderung in der Personalpolitik eine verfassungsrechtliche Verpflichtung** ist. In einem Vortrag führte er aus, durch die bisherige von den Verwaltungsgerichten geprägte Beförderungspraxis werde wegen der Vielzahl von Einzelkriterien, die dabei für den Qualifikationsvergleich herangezogen würden, die Frauenquote unterlaufen. Ein Auswahlverfahren, das den Fall gleicher Qualifikation – erst hier findet die Quote Anwendung – so gut wie nicht mehr vorkommen lasse, hebele die Quote aus. Es werde verkannt, dass das **Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes** ein ebenso **wichtiges Staatsziel** sei wie das für den öffentlichen Dienst geforderte Prinzip der Bestenauslese. Auch wenn sich das Gutachten auf Nordrhein-Westfalen bezieht, so wird eine Signalwirkung für die Gleichstellungsgesetze aller Bundesländer erwartet.

- Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied in der **Arbeitsgemeinschaft Gleichstellung bei den kommunalen Spitzenverbänden Rheinland-Pfalz** – ein Zusammenschluss von Gleichstellungsbeauftragten des Städtetages Rheinland-Pfalz, des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und des Landkreistages Rheinland-Pfalz. Das Gremium kommt einmal jährlich zu einer Sitzung zusammen. Zentrale Themen waren die **Analyse der Kommunalwahlergebnisse unter frauenspezifischen Gesichtspunkten** und die **Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten bei der Kommunalreform**.
- Mit der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes sollte mithilfe von Angaben zum Anteil der Geschlechter auf den Wahlvorschlägen der jeweiligen Parteien und Wählergruppen eine paritätische Besetzung aller Gremien, mit dem Zusatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ mehr Transparenz und Geschlechtergerechtigkeit hergestellt werden. Nach Verabschiedung des Gesetzes kam es zu mehreren Normenkontrollanträgen, so dass der Verfassungsgerichtshof im Eilverfahren die Änderungen im Kommunalwahlrecht als verfassungsrechtlich bedenklich verworfen hat.

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung lagen seitens des Statistischen Landesamtes noch keine belastbaren Zahlen zum Anteil der Frauen in den Kommunalparlamenten vor. Ersten Auswertungen zufolge wird gegenüber dem Kommunalwahljahr 2009 ein Plus von 234 Bewerberinnen verzeichnet, was einer Steigerung von knapp drei Prozentpunkten auf 27,7 Prozent entspricht. Um den seit Jahren weitgehend unveränderten Anteil von Frauen in den Kommunalparlamenten zu verbessern, bekräftigten die Gleichstellungsbeauftragten die Forderung nach einem Parité-Gesetz nach französischem Vorbild und appellierten an die kommunalen Spitzenverbände, diese Forderung auf Landes- und Bundesebene zu unterstützen.

➤ **Frankenthaler Frauen in der Kommunalpolitik**

Die Gleichstellungsbeauftragten des Rhein-Pfalz-Kreises und der Stadt Frankenthal beteiligten sich an der Landeskampagne „Frauen machen Kommunen stark“ mit dessen Mentoring-Programm.

Bei der Kommunalwahl 2014 kandidierten 224 Personen für den Frankenthaler Stadtrat – 97 Frauen und 127 Männer. Der Anteil der Kandidatinnen lag somit bei 43,3 Prozent und war damit höher als der Landesdurchschnitt von 27,7 Prozent. 16 Frauen wurden am 25. Mai 2014 in den Frankenthaler Stadtrat gewählt. Der Frauenanteil liegt bei 36,36 Prozent und bleibt im Vergleich zur letzten Stadtratsperiode unverändert.

Für die im Stadtrat vertretenen Fraktionen ergibt sich nachfolgendes Bild:

Fraktion	Frauen	Männer	Personen gesamt	Frauenanteil in Prozent
CDU	7	14	21	33
SPD	6	6	12	50
Die Grünen / Offene Liste	1	2	3	33
FWG	2	3	5	40
DIE LINKE	---	2	2	0
fraktionslos	---	1	1	0
Sitze gesamt	16	28	44	36,36

Arbeitsfeld „Gewalt gegen Mädchen und Frauen“

- Der Regionale **Runde Tisch „Häusliche Männergewalt gegen Frauen“**, ein interdisziplinär zusammengesetzter Arbeitskreis unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure im Interventionsverbund von Gewalt, traf sich unter der Leitung der Gleichstellungsbeauftragten zu einer Sitzung.

Bei dieser referierte Anette Diehl, Leiterin des Frauennotrufs Mainz **„Zur Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“** (siehe Anlage 5).

- **Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“**



Aus Anlass des Internationalen Tages **„NEIN zu Gewalt an Frauen“** am 25. November hissten Bürgermeister Martin Hebich und die Gleichstellungsbeauftragte vor dem Frankenthaler Rathaus die Fahne „Frei leben – ohne Gewalt“ und setzten damit ein weithin sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen: Gewalt oder sexuelle Übergriffe treten am häufigsten im geschützten Rahmen der Familie auf. Übergriffe, die innerhalb dieser engen sozialen Beziehungen stattfinden, führen bei den betroffenen Frauen und Mädchen zu einer großen Notlage, in der sie schnell und langfristig Schutz und Hilfe brauchen. Den Mitwirkenden beim Runden Tisch „Häusliche Männergewalt gegen Frauen“ und der Gleichstellungsbeauftragten wird es ein Anliegen bleiben, für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen einzutreten und die Problematik in die Öffentlichkeit zu tragen.

Arbeitsfeld „Information und Beratung“

- Die Gleichstellungsstelle wurde 2014 vielfach von Frankenthaler Bürger/innen und Einrichtungen als **Service- und Beratungsstelle** genutzt. Insgesamt kam es zu 37 Beratungskontakten, bei denen Unterstützung u.a. in den Bereichen ´Veränderung der persönlichen und beruflichen Lebenssituation´ und ´Gewalt in der Partnerschaft´ gefragt war.

Entwicklung der Beratungen seit 2010

	2010	2011	2012	2013	2014
Büro	53	34	20	12	13
Telefonisch / E-Mail	nicht erfasst	16	20	35	24

Während die telefonischen Beratungsanfragen um ein Drittel zurückgegangen sind, blieb die Anzahl der persönlichen Beratungsgespräche im Büro nahezu gleich.

Arbeitsfeld „Öffentlichkeitsarbeit“

- Die Gleichstellungsbeauftragte informierte fortlaufend die regionalen Medien über ihre aktuellen Aktivitäten anhand von **Pressemitteilungen** und stellte den Pressevertreter-

/innen Informationsmaterialien für die Berichterstattung zur Verfügung. Als **Trägerin öffentlicher Belange** verfasste sie zwei Stellungnahmen.

- Sie verantwortet die **Redaktion der Internetseite** Gleichstellung von Frau und Mann, die neben Veranstaltungsterminen auch Beratungshilfen in unterschiedlichen Themenfeldern bereitstellt.

2. Die Handlungsfelder als Gleichstellungsbeauftragte nach dem Landesgleichstellungsgesetz von Rheinland-Pfalz (LGG)

- Die Gleichstellungsbeauftragte unterstützte die Dienststelle bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Dies umfasste überwiegend die **Begleitung von Personalauswahlprozessen**.
- Ferner war sie bei der Modifizierung der **Dienstvereinbarung zur alternierenden Telearbeit** beteiligt. Diese wurde erforderlich, weil die bereits zum 21.10.2011 eingeführte Maßnahme zur Flexibilisierung der Arbeitszeit seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nachgefragt wurde. Zu den wesentlichen Änderungen der am 01.10.2014 in Kraft getretenen Dienstvereinbarung zählen neben der neu geschaffenen Möglichkeit des Mobilien Arbeitens die Erweiterung des Geltungsbereiches. Künftig können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 - mit schwerer körperlicher Beeinträchtigung, die Kinder unter 18 Jahren oder andere Personen betreuen und pflegen
 - zur Vereinbarkeit von Beruf und besonderen privaten Interessen
 - im Falle mobilien Arbeitens aus situativ auftretenden Gründen

alternierende Telearbeit beantragen.

- Weiterhin war sie in das Entwurfsverfahren für eine **Dienstvereinbarung zur Hospitation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** und in die Angelegenheiten der **Stellenbewertungskommission** eingebunden.
- In der Planungsgruppe zur Vorbereitung einer **Mitarbeiter/innen-Befragung** im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bringt sie ihre Genderkompetenz ein.
- Sie begleitet den Verlauf des Modellprojektes „**Stärkung der Serviceorientierung und interkulturellen Ausrichtung von Ausländerbehörden**“ und die in Umsetzung des Strategischen Integrationskonzeptes entwickelten **Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung und zur interkulturellen Kompetenz der Verwaltung**. Mit dem Ziel, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung zu erhöhen und möglichen Zugangsbarrieren bei der Besetzung ausgeschriebener Stellen entgegen zu wirken, wurde bei Stellenausschreibungen die Formulierung „**Die Ausschreibung wendet sich ausdrücklich auch an Menschen mit Migrationshintergrund**“ als ein Baustein aufgegriffen.
- In 13 **Anliegen** wurde die Gleichstellungsbeauftragte im Auftrag von Kolleginnen und Kollegen tätig.
- Für die weiblichen Beschäftigten bot die Gleichstellungsbeauftragte **zwei zweitägige Seminare** zum Thema „**Kommunikative Kompetenz**“ unter Leitung einer externen

Trainerin an. Die finanziellen Mittel dafür wurden erstmals aus dem zentralen Fortbildungsbudget der Stadtverwaltung bereitgestellt.

- Darüber hinaus war die Gleichstellungsbeauftragte **Interviewpartnerin** für eine Masterarbeit zum Thema „**Gleichstellungsarbeit im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz**“ und nahm zur Entwicklung der behördlichen Gleichstellungsarbeit der rheinland-pfälzischen Kommunen Stellung.
- Im Rahmen der Seminarreihe „**Gender Working 2014 – Gleichstellung im Beruf**“ des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bot die Gleichstellungsbeauftragte ein **Seminar** zum Thema Gesundheitsförderung unter dem Titel „**One size fits all!? Genderaspekte in der Gesundheitsförderung**“ an.

3. Tätigkeitsschwerpunkte als Beauftragte für die Belange behinderter Menschen

Die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen soll darauf hinwirken, dass die im

- Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) und
- Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen (LGGBehM)

genannten Ziele verwirklicht werden.

Beim Wahrnehmen der damit verbundenen Aufgaben ergaben sich für die Beauftragte die nachfolgend dargestellten Aktivitäten:

- **Beraten** von behinderten Menschen in **92 Fällen**. Besonders nachgefragt waren Informationen und/oder Hilfen
 - zu inklusiven Wohngemeinschaften
 - bei der Wohnraumbeschaffung
 - zur Beanspruchung von Fördermitteln bei barrierefreien Wohnraumanpassungsmaßnahmen
 - zur Kostenübernahme bei Beanspruchung von Eingliederungsmaßnahmen
 - zu Unterstützungsmöglichkeiten für behinderte Menschen im Beruf
 - zum Erstantragsverfahren zur Feststellung der Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch, als auch zum Widerspruchs- oder Gleichstellungsverfahren
 - beim Einfordern und Durchsetzen von Rechten und Nachteilsausgleichen
 - bei der beruflichen Wiedereingliederung
 - zu Förderangeboten bei Aspergersyndrom und bei Teilleistungsschwächen
 - zum Erben und Vererben.

Entwicklung der Beratungen seit 2010

	2010	2011	2012	2013	2014
Büro	54	54	41	31	35
Telefonisch / E-Mail	nicht erfasst	16	37	64	62

- Das **Weiterleiten oder Klären** von Beschwerden – wegen widerrechtlichen Parkens auf Behindertenparkplätzen und Gehwegen, fehlender oder nicht korrekt aufgestellter Rampen im Eingangsbereich von Geschäften in der Fußgängerzone und unzureichender Baustellensicherung und Wegeführung – erfolgte in **5 Fällen**.
- **Erarbeiten von Stellungnahmen** mittels der Anhörung als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und Beteiligung gemäß §§ 10 Abs. 1, 6 Abs. 3 Landesplanungsgesetz Rheinland Pfalz, so beispielsweise
 - zum Bebauungsplan „Wohngebiet Kloostergärten Nord, Teiländerung 1“
 - zum Bebauungsplan „Wohngebiet südlich der Frankenstraße, Teiländerung 1 Akazienweg“
 - zur 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Frankenthal und Bebauungsplan „Mörsch, Bolzplatz Akazienweg“
 - zum Bebauungsplan „Eppstein, Industriegebiet Am Römig, Knotenpunkt L 524 / L 527“
 - zur Einrichtung einer Park- und Ride Anlage am Haltepunkt Frankenthal-Süd
 - zum Bebauungsplan „Studernheim West, südliche Erweiterung, Abschnitt II, Teiländerung 2“
 - zu den Bauantragsplänen „Neubau Erweiterung der Friedrich-Ebert Realschule plus“ – behindertengerechte Erschließung
 - zum Bebauungsplan „Eppstein, Im Bornfeld, Abschnitt II“
 - im Rahmen des Aufstellungsverfahrens Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar, zum Teilregionalplan Windenergie

sowie weiterer **Stellungnahmen**, etwa

- zu Anträgen auf Sondernutzungen und Nutzungsänderungen
 - zu straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen
 - im Rahmen der Bauantragspläne zum „Neubau Erweiterung Friedrich-Ebert Realschule plus“ zur Planung eines Aufzuges
 - zu einer geplanten Zugangsrampe beim „Feierabendhaus“
 - zum barrierefreien Zugang zur Grünanlage an der Stadtmauer, ehemaligen Zollhaus
 - zur Unterschreitung der Gehwegbreite im Zuge der Installation der Netzverteilerschränke im Rahmen des FTTC Projektes
 - zur barrierefreien Gestaltung des Erkenbert-Museums
 - zum Entwurf des dritten Landesgesetzes zur Änderung der Landesbauordnung. Einer der Schwerpunkte der Novellierung bilden die neuen materiellen Bestimmungen über die Barrierefreiheit (§ 2 Abs. 9, § 4, § 36 Abs. 4 und § 51), die dazu beitragen sollen, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen weiter zu verbessern.
 - zum Verkehrsversuch „Abschalten der Lichtsignalanlage Schmiedgasse/Wormser Straße“
- Der **Informations- und Meinungs-austausch** sowohl mit Institutionen der Behindertenhilfe auf Landesebene, mit dem Landesbehindertenbeauftragten, mit den regionalen Behindertenbeauftragten als auch mit den örtlichen Fachdiensten und Arbeitsgemeinschaften (etwa Integrationsfachdienst, Pflegestützpunkte, AG Gemeindefreie Psychiatrie, Bündnis für seelische Gesundheit) wurde weitergeführt und themenspezifisch vertieft.

Darüber hinaus vertrat die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen die Anliegen von Menschen mit Behinderung bei den „**Halbjahresgesprächen Barrierefreiheit**“ des Bereiches Planen und Bauen.

- Sie initiierte die **Einrichtung von vier Behindertenparkplätzen in der Tiefgarage Willy-Brandt-Anlage**. Gemäß DIN 1804-2 (jetzt DIN 18040-3) sind ein Prozent der Stellplätze als Behindertenparkplätze, mindestens jedoch zwei als solche auszuweisen. Die DIN fand bislang keine Beachtung.
- Sie verantwortet weiterhin die **Internetseiten „Menschen mit Behinderung“** und stellt regelmäßig zielgruppenrelevante Termine, Textbeiträge und Beratungs- und Unterstützungsangebote ein.
- Bestehende **Kooperationen**, etwa mit der Deutschen Multiplen Sklerose Gesellschaft, Landesverband Rheinland-Pfalz (DMSG) konnten gefestigt und ausgebaut werden:
- **Veranstaltung „Autofahren mit neurologischen Erkrankungen“**

Wie kann man mit körperlicher Beeinträchtigung sein Kraftfahrzeug verkehrssicher bedienen und individuell umrüsten? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung, zu der der Landesverband der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft (DMSG) und die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen einluden.



Anlass für die gemeinsame Aktion war der weltweite MS-Tag am 28. Mai, dessen Ziel es ist, auf das Leben mit der neurologischen Erkrankung aufmerksam machen. „Wir wollen auch zeigen, dass sich Mobilität und Behinderung in Einklang bringen und fehlende Freiräume technisch kompensieren lassen – damit Lebensqualität, soziale Kontakte und Selbständigkeit auch für Menschen mit Funktionsbeeinträchtigungen nicht auf der Strecke bleiben“, so Birgit Löwer, bei ihrer Begrüßung.

Die Referentin Daniela Gerschler informierte zu den Themen Handicap und Mobilität im Straßenverkehr, verkehrsrechtlichen und versicherungstechnischen Risiken und vor allem darüber, wie ein Führerschein erworben bzw. eine Fahrerlaubnis umgeschrieben werden kann.

Über technische Umrüstmöglichkeiten und Finanzierungshilfen informierte Bernd Schulz. Außerdem konnten ein Ausbildungsfahrzeug und ein umgerüstetes Kraftfahrzeug besichtigt werden.

- Am 20.10.2014 erfolgte mit der konstituierenden Sitzung die Einrichtung des **Beirates der Menschen mit Behinderung**. Seitens der Verwaltung war die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen sowohl mit den inhaltlichen als auch mit den organisatorischen Vorbereitungen betraut. Mit Gründung des Beirates wurden ihr die **Aufgaben der Geschäftsführung** übertragen. Sie ist zudem beratendes Mitglied des Gremiums.

4. Verschiedenes

- Im Jahr 2014 nahm die Gleichstellungsbeauftragte verschiedene **Fortbildungsangebote** wahr, darunter
 - Über behinderte Menschen berichten
 - „Wir sind doch gleichberechtigt!“ – Junge Frauen für die Gleichstellungsarbeit begeistern
 - „Familienbewusst Gesundheit fördern“ – Synergien von Arbeitgeberangeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und betrieblicher Gesundheitsförderung“
 - “Burn out ist out, Power-in ist in!“
- Das **Sekretariat der Gleichstellungsstelle hat einen personellen Wechsel erfahren:** Zum 1. November 2014 trat Gisela Steckbauer-Kreisel die Nachfolge von Sandra Schickendantz an, die zum 15.10. 2014 auf einen anderen Arbeitsplatz wechselte.

5. Glossar

- Das Bundeskabinett beschloss am 11. Dezember den Entwurf für ein Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Der **vorgelegte Gesetzesentwurf zur Frauenquote** hat das Ziel, den Anteil von Frauen in den Führungsgremien von Wirtschaft und Verwaltung wesentlich zu erhöhen.



Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betrachtet die Verabschiedung des Gesetzesentwurfes als einen Meilenstein auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung. „Seit 20 Jahren garantiert das Grundgesetz in Art. 3 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern. Sie ist aber nicht Lebensrealität. Nach jahrelangen Debatten, gescheiterten Versuchen der Selbstverpflichtungen und zahlreichen Appellen wird die Einführung der

gesetzlichen Geschlechterquote für mehr Chancengleichheit für Frauen und Männer sorgen“, zeigt sich die Ministerin überzeugt.

- Am 7. November hat der Deutsche Bundestag das **Elterngeld Plus** verabschiedet. Ziel des Elterngeld Plus ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter. So soll unter anderem die gleichberechtigte Erwerbs- und Erziehungsarbeit der beiden Partner in den ersten vier Lebensmonaten des Kindes gefördert werden. Eltern, die während des Elterngeldbezugs in Teilzeit arbeiten, bekommen außerdem länger Elterngeld. Alleinerziehende können das neue Elterngeld Plus im gleichen Maße nutzen. Künftig wird für alleinerziehende Eltern an den steuerlichen Entlastungsbetrag nach Paragraph 24b EStG anknüpft, damit sie von den Partnermonaten und dem Partnerschaftsbonus profitieren können. Das neue Gesetz zum Elterngeld Plus tritt zum 1. Januar 2015 in Kraft und gilt für Geburten ab dem 1. Juli 2015.
- Am 19. Dezember hat der Bundesrat das **Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf** gebilligt. Damit werden die Möglichkeiten des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes enger miteinander verzahnt und pflegende Angehörige spürbar entlastet. „Viele Menschen in Deutschland möchten ihre Angehörigen pflegen, leiden jedoch unter der Doppelbelastung von Pflege und Beruf. Wir bieten nun den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Unterstützung, um diese besondere Situation zu meistern, ohne dabei den Beruf aufgeben zu müssen“, sagte Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig. Die Neuregelungen sollen zum 01.01.2015 in Kraft treten.
- Männer werden Automechaniker, Frauen arbeiten als Erzieherinnen – zu diesem Ergebnis kam eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). **Auch im Jahr 2014 arbeiten in Westdeutschland über 60 Prozent der Frauen in typischen Frauenberufen, zwei Drittel der Männer haben einen typischen Männerjob.** Als typische Frauenberufe werden Berufssparten bezeichnet, innerhalb derer ein Frauenanteil von 70 Prozent vorherrscht. Das Gleiche gilt für typische Männerberufe. Die übrigen Berufe zählen zu den sogenannten Mischberufen. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch, dass **je höher das Qualifikationsniveau des Jobs, desto mehr nimmt der Frauenanteil zu.** So wurde der größte Zuwachs bei Berufen mit akademischem Abschluss, 16 Prozent, verzeichnet. (Quelle: CEWS Journal, Nr. 94)
- Wie eine weitere repräsentative Studie des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit zeigt, **macht die Hälfte der Mädchen mit Migrationshintergrund in einem sehr engen Spektrum von Berufen eine Ausbildung:** Arzthelferin, Friseurin, Verkäuferin. Berufe, in denen die Mädchen schlecht verdienen und kaum Aufstiegschancen haben. Dabei ist laut Studie dieser Weg aber keineswegs vorgezeichnet: Junge Ausländerinnen interessieren sich für ein breites Repertoire an Berufen und träumen im Vergleich zu deutschen Mädchen häufiger von klassischen Karriereberufen wie Ärztin oder Juristin. Der Studie zufolge verengt sich das Spektrum der Jobmöglichkeiten, das junge Frauen ins Auge fassen, erst im Laufe ihrer Berufsorientierung. Ihr Ehrgeiz nimmt mit steigendem Alter nicht in dem Maße zu wie bei deutschen Mädchen. Am Schluss dieser Phase fangen viele Migrantinnen eine Ausbildung an, die nichts mehr mit ihrem ursprünglichen Wunschberuf zu tun hat.

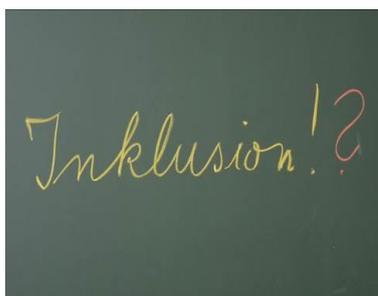
Die kritische Phase scheint mit 16 Jahren einzutreten: Migrantinnen richten ihre beruflichen Vorstellungen weniger an ihren Interessen aus, sondern streben eher die Ausbildungen an, die ihnen als erreichbar erscheinen. Damit **verfolgen die Mädchen eine Strategie der Risikovermeidung**, urteilten die Verantwortlichen der Studie. Möglicher-

weise reagieren sie damit auf den Einfluss von Personen in ihrem Umfeld oder änderten ihre Pläne nach den ersten erfolglosen Bewerbungsversuchen. (Quelle: Die Rheinpfalz, 9. April 2014)

➤ **Ausgewählte Zahlen, Daten und Fakten zur Situation und den Bedarfen Alleinerziehender im Leistungsbezug des Jobcenters Vorderpfalz-Ludwigshafen**

- 3.207 Personen sind alleinerziehend (Frankenthal 437)
- Die Zahl aller Alleinerziehenden mit dem Status arbeitslos (stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung) umfasst 1.296 Personen (Frankenthal 170)
- Der Anteil der Frauen unter den Alleinerziehenden beträgt 95 Prozent
- 9 Prozent aller Alleinerziehender haben eine ausländische Staatsangehörigkeit
- Der Anteil der Alleinerziehenden an der Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften beträgt 20 Prozent
- 54,7 Prozent der arbeitslosen Alleinerziehenden sind zwischen 35 und 49 Jahren, 33,7 Prozent zwischen 25 und 34 Jahren
- 59 Prozent der Alleinerziehenden hat 1 Kind unter 18 Jahren
- 60 Prozent der arbeitslosen Alleinerziehenden können nur in Teilzeit arbeiten
- 28 Prozent der arbeitslosen Alleinerziehenden haben eine abgeschlossene Berufsausbildung

➤ **Erläuterung der Begrifflichkeiten Integration, Inklusion und Behinderung**



Integration bedeutet Zusammenschluss. Sie erfordert, dass sich Menschen mit Handicap anpassen. Die Menschen gelten weiterhin als „anders“ und werden in bestehende Strukturen aufgenommen.

Inklusion bedeutet Einschluss und geht über den Begriff der Integration hinaus. Sie erfordert Anpassungsleistungen der gesamten Gesellschaft und einen grundlegenden Struktur- und Kulturwandel.

Alle Menschen sollen selbstbestimmt am Leben teilnehmen können. Nicht die behinderten Menschen sollen sich an die Umwelt anpassen, sondern diese soll so gestaltet sein, dass alle Menschen trotz ihrer Unterschiede gleichberechtigt leben können.

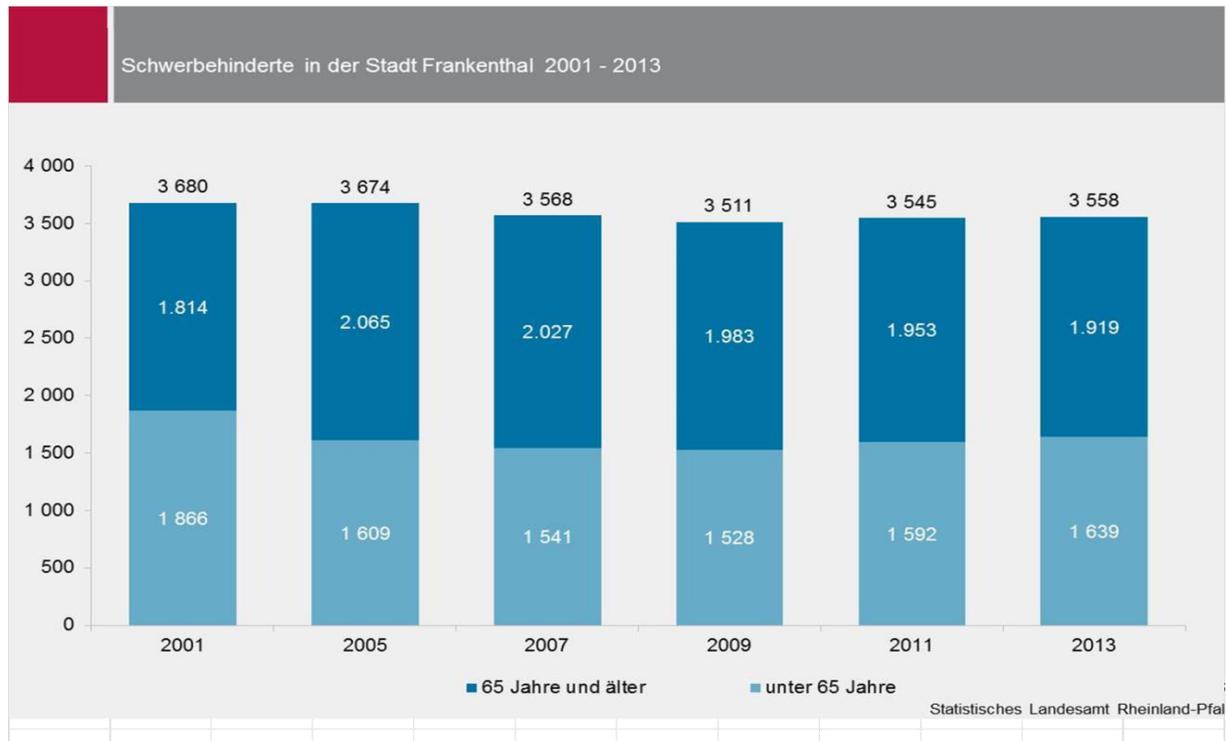
In der allgemeinen Diskussion findet diese Differenzierung häufig keine Beachtung.

„**Inklusion Schule**“ umfasst die gemeinsame Unterrichtung von lernbeeinträchtigten und nicht beeinträchtigten Kindern. Seit August 2014 haben Eltern ein uneingeschränktes Wahlrecht, ob sie ihr Kind in eine Förderschule oder in eine sogenannte Schwerpunktschule schicken. Der Anteil der Kinder mit Förderbedarf, die eine Schwerpunktschule besuchen, ist von 27 auf 30 Prozent gestiegen. „Die Eltern gehen sehr verantwortungsvoll mit dem Wahlrecht um“, wie Vera Reiß, die amtierende Sozialministerin in einem Gespräch im November mitteilte.

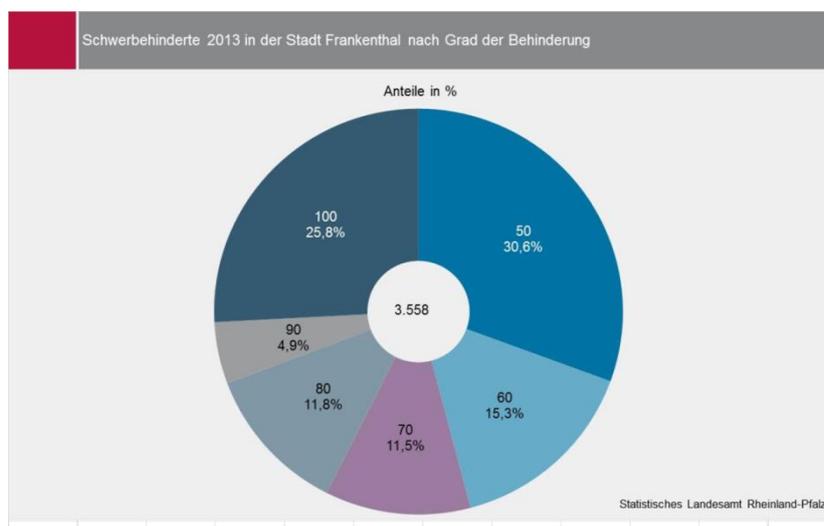
In Frankenthal gibt es neben der Schule für Hörgeschädigte drei Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und ganzheitliche Entwicklung sowie zwei Schwerpunktschulen.

➤ **Anzahl der schwerbehinderten Menschen in Frankenthal**

Fast jeder 13. Einwohner in Frankenthal ist schwerbehindert. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes lebten Ende 2013 insgesamt 3558 schwerbehinderte Menschen in der Stadt, 1712 Frauen und 1846 Männer. Dies entspricht einem Anteil von 7,63 Prozent an der Gesamteinwohnerzahl von Frankenthal.



Mehr als die Hälfte der Schwerbehinderten war älter als 65 Jahre (53,93 Prozent). 771 Personen (21,67 Prozent) gehörten der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an. 21,92 Prozent (780 Personen) waren zwischen 18 und 54 Jahre und 2,47 Prozent (88 Personen) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.



Bei gut einem Viertel der Schwerbehinderten (25,8 Prozent) stellte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen Grad der Behinderung von 100 fest, weniger als ein Drittel wies einen Behinderungsgrad von 50 auf. Als schwerbehindert nach dem Sozialgesetzbuch IX gelten Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr.

Die unterschiedlichen Behinderungsarten sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt.



6. Anhang

Anlage 1 und Anlage 2

Frauenbilder heute

25 Jahre Gleichstellungsstelle

Ausstellung. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Gleichstellungsstelle wird vom 7. bis 28 März im zweiten Obergeschoss im Rathaus die Ausstellung „Vielfältig - Anders - Gleich - Frauenbilder heute“ gezeigt.

25 Jahre sind vergangen seit das städtische Frauenbüro, die heutige Gleichstellungsstelle, im Februar 1989 in Frankenthal eingerichtet wurde. Seitdem hat sich einiges für Frauen verändert, kaum ein frauenpolitisch wichtiges Thema wurde in den vergangenen 25 Jahren nicht auch in Frankenthal für die Frauen in der Stadt beleuchtet. Frauen leben vielfältig, oft anders, aber noch lange nicht gleich.

„Vielfältig - Anders - Gleich - Frauenbilder heute“ lautet der Titel der Ausstellung, mit deren Eröffnung am Freitag, 7. März um 18 Uhr im Frankenthaler Rathaus (2. OG.) durch Oberbürgermeis-

ter Theo Wieder das 25-jährige Bestehen der Gleichstellungsstelle gefeiert wird.

Die eigens für die Ausstellung erstellten Werke der beiden Künstlerinnen Karin Klomann (Malerei) und Hui-Ling Yang (Plastik) bearbeiten unterschiedliche Frauenbilder, ohne dabei klassische Rollenbilder zu bedienen. Die Laudatio zur Ausstellung hält die Kunsthistorikerin Madeleine Rettig. Grußworte sprechen Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung Frauen im Ministerium für Integration, Familie, Kinder Jugend und Frauen, und die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Frankenthal, Birgit Löwer.

Den musikalischen Rahmen des Jubiläums gestalten Schülerinnen und Schüler der städtischen Musikschule.

Die Ausstellung ist bis zum 28. März während der Öffnungszeiten montags bis donnerstags von 8.30 bis 18 Uhr und freitags von 8.30 bis 14 Uhr zu sehen. (ps)

„Frauen ziehen in Verwaltung gleich“

Stadt würdigt Gleichstellungsstelle mit Ausstellung

Ein Vierteljahrhundert ist seit der Einrichtung des städtischen Frauenbüros, der heutigen Gleichstellungsstelle vergangen, was Anlass zum Feiern gibt. Mit der Ausstellungseröffnung „Vielfältig - Anders - Gleich/Frauenbilder heute“ am Freitag um 18 Uhr im Rathaus soll das 25-jährige Bestehen gewürdigt werden.

lenbesetzungsverfahren eingebunden sei.

Ein zweiter Bereich der Arbeit sei die gesellschaftspolitische Ebene. „Frau Wittholt knüpfte ein dichtes Netzwerk auf lokaler und regionaler Ebene“, so Birgit Löwer, die unter anderem das Internationale Frauenfrühstück – an diesem Sonntag zum 17. Mal –, Ausstellungen und den runden Tisch „Häusliche Männergewalt gegen Frauen“ sowie Broschüren wie das „Handbuch von Frauen für Frauen in Frankenthal“ anführte.

„Wir können auf eine ereignisreiche Zeit zurückblicken in Bezug auf die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im Allgemeinen und in unserer Stadt“, sagte OB Theo Wieder (CDU) im Pressegespräch zur Veranstaltung. Nach längerem Anlauf war es am 1. Februar 1989 so weit – die erste Frauenbeauftragte der Stadt Frankenthal, Jutta Wittholt, übernahm die direkt beim OB angegliederte Stelle und hatte diese insgesamt 20 Jahre, bis zu ihrem Tod 2009, inne. „Hinter dem Ganzen steckt großes persönliches Engagement. Es ist Frau Wittholts Verdienst, dass wir da stehen, wo wir stehen“, sagte Wieder würdigend.

2010 wurde die Stelle von Birgit Löwer übernommen, die laut OB „eine starke Netzwerkarbeit“ leiste. Verdienste habe die Gleichstellungsstelle bei der stärkeren Besetzung von Verwaltungsstellen mit Frauen erworben. „Vor 25 Jahren gab es noch keine Amtsleiterinnen, heute haben wir auf den Top-Ebenen eine gleiche Besetzung“, so Wieder. Auf Abteilungsleiterbene bestehe sogar ein Frauenüberschuss.

Dass sich in dieser Beziehung viel getan habe, sei zum einen der Arbeit der Gleichstellungsstelle, zum anderen dem allgemeinen berufsspezifischen Wandel zuzuordnen. „In den 80er-Jahren hatten wir von zehn Azubis acht Männer und zwei Frauen, heute hat sich das Ganze gedreht“, sagt Wieder, der betont, dass die Gleichstellungsstelle in alle Stel-

Integration und Einstieg in Beruf sind heute bedeutende Themen.

Birgit Löwer führt Aktivitäten auf kommunaler Ebene weiter und setzt, wie sie sagt, „eigene Schwerpunkte in den Handlungsfeldern“, „Integration von Frauen mit Migrationshintergrund“ und „Frauen und Beruf“. Wichtige Anliegen sind ihr zudem die eigenständige Existenzsicherung von Frauen, der Gewaltschutz sowie Frauen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Die Ausstellung, die am morgigen Freitag zum 25-jährigen Bestehen der Gleichstellungsstelle eröffnet und musikalisch durch die Saxofonistin der städtischen Musikschule, Ricarda Hagemann, begleitet wird, beinhaltet zum einen Werke der Frankenthaler Künstlerin Karin Klomann, die Aquarelle zum Thema gefertigt hat. Zum anderen werden Ton-Plastiken der in Taiwan geborenen und in Grünstadt lebenden Künstlerin Hui-Ling Yang gezeigt, die in Verbindung mit ihrer asiatischen Herkunft stehen. (kae)

INFO

Die Ausstellung im Rathaus wird vom 7. bis 28. März, jeweils montags bis donnerstags von 8.30 bis 18 Uhr und freitags von 8.30 bis 14 Uhr geöffnet sein.

KULTUR REGIONAL

Frauenbilder ohne Klischee

Frankenthaler Gleichstellungsstelle feiert Jubiläum mit Ausstellung – Zwei Künstlerinnen eingeladen

„Vielfältig – anders – gleich – Frauenbilder heute“ ist der Titel einer Ausstellung zum 25-jährigen Bestehen der Gleichstellungsstelle der Stadt Frankenthal. Die Malerin Karin Klomann und die Plastikerin Hui-Ling Yang haben sich eigens für die Ausstellung ein Jahr lang mit dem Thema Frauenbilder heute auseinandergesetzt. Die Arbeiten sind bis 28. März im Rathaus zu sehen.

Die Anzahl der Gäste sei „überwältigend“, kommentierte Gleichstellungsbeauftragte Birgit Löwer die 60 Besucher, die sie als Anerkennung für die Gleichstellungsstelle wertete. Bürgermeister Martin Hebich (CDU) referierte über die Entwicklung von der ersten Frauenbeauftragten 1989 bis heute. Als in Frankenthal die Stelle geschaffen wurde, gab es bereits 33 Frauenbeauftragte in Rheinland-Pfalz.

Heike Jung vom Frauenministerium nannte anhand von Beispielen Rollenklischees und Machtverhältnisse als Hindernis auf dem Weg zur Chancengleichheit. Gleichzeitig versprach sie den oft Teilzeit-Gleichstellungsbeauftragten bessere Arbeitsbedingungen und die Stärkung ihrer Stellung.

Die Kunsthistorikerin Madeleine Rettig gab einen kunstgeschichtlichen Exkurs zum Thema feministische Kunst, die ihre erste Hochphase in den 1970er-Jahren hatte, im Gender Mainstreaming, das die Lebenssituationen von Frauen und Männern gleichermaßen zu berücksichtigen begann, abflachte, um heute wieder verstärkt aufzuflammen. Wohl auch bedingt durch Strömungen aus anderen Ländern, die einen stärkeren Nachholbedarf haben. Feministische Kunst wolle provozieren, sei unbequem, mitunter aggressiv, so Rettig. Dagegen setzten Karin Klomann und Hui-Ling Yang positive Zeichen.

Tatsächlich wirken die Arbeiten wohlgefällig, wohnzimmergeeignet. Karin Klomann selbst sieht sich auch nicht als feministische Künstlerin. „Wir haben zum Jubiläum das Thema Frau aufgegriffen, verschiedene Kulturen,



Frauen, ihr Leben, ihre Probleme zeigen im Aquarell oder als Plastik Hui-Ling Yang und Karin Klomann. FOTO: BOLTE

soziale und politische Probleme betrachtet. Provozieren wollen wir nicht, auch keine klassischen Rollenbilder bedienen.“ Die beiden Künstlerinnen wurden im Auftrag der Gleichstellungsstelle tätig.

Karin Klomann ist in Frankenthal keine Unbekannte, seit 2008 leitet sie eine Sprachfördergruppe für Migrantinnen. Die 66-jährige hat in den 1980er-Jahren mit Zeichenkursen bei dem Frankenthaler Leopold Mimler begonnen, Aquarell bei Ursula Faber und Helmut Ried erlernt, Studien in Mannheim und Trier ergänzt. Hui-Ling Yang wurde 1969 in Taiwan geboren, hat dort eine künstlerische Ausbildung genossen. In Deutschland, wo sie seit 1999 lebt, hat sie ihre Kenntnisse in Keramikkursen vertieft. Seit 2010 arbeitet sie im Atelier des Bildhauers Eberhard Linke. Ihr Schwerpunkt sind Tonplastiken, die sie ohne Glasur brennt.

Beide „sprechen aus, drücken aus, bilden ab“, fand Rettig eine gemeinsame Linie. Dabei bezieht sich Klomann in ihren Aquarell-Akten auf echte Frauen. Hinter „42 kg“ verberge sich eine Balletttänzerin, die auf den Betrachter etwas ausgemergelt und mürrisch wirkt, während „142 kg“ eine rundum runde, zufriedene Frau zeigt. Ist dem Schlankeitswahn diese Arbeit geschuldet, so thematisiert sie auch gleichgeschlechtliche Liebe, den Wissenskonflikt um eine Abtreibung, Frauenproteste in Indien oder die tanzenden Pussy Riot in der Kirche. Berührend sind die beiden Arbeiten „Mutter und Kind“ und „Kind und Mutter“, wenn die Mutter wieder zum Kind wird, die Lebensperspektive schmal und dunkel erscheint. Karin Klomann zeichnet figurlich, mitunter reduziert sie, symbolischen Gehalt hat die Farbe, die für Haltungen oder Gefühle steht.

Die Inhalte von Hui-Ling Yongs Plastiken sind ähnlich. Es geht um Erfahrungen eines Frauenlebens, um Gefühle, um Lebensstationen, um, wie bei „Rahmen“ äußere oder selbst gesetzte Grenzen. Irritierend: Die „Ballerina“ ist auf einen Torso reduziert. Überhaupt sind Fragmente ein Stilmittel der Taiwanerin. Dennoch wirken ihre Figuren kraftvoll, ja ästhetisch. Auch auf die Sagenwelt greift Hui-Ling Yang zurück: Ihre „Unschuldige Loreley“ ist eng der Natur verbunden, eins mit dem Felsen, der die Schiffer ins Unglück stürzt. Dagegen ist die „Schuldige Loreley“ eine Frau von heute mit scheinbar strengen Richtschnüren. (cei)

INFO

bis 28. März, Foyer zweites Obergeschoss, Rathaus Frankenthal, geöffnet Montag bis Donnerstag, 8.30 bis 18 Uhr, Freitag, 8.30 bis 14 Uhr.

Anlage 4

AUSSTELLUNGSBERICHT

„Zynisch und anmaßend“

Zum Bericht über die Ausstellung, die im Frankenthaler Rathaus zum 25-jährigen Bestehen der Gleichstellungsstelle eröffnet worden ist („Frauenbilder ohne Klischee“, Ausgabe vom 10. März):

Zunächst gilt es festzustellen, dass es durchaus lobenswert ist, eine Veranstaltung wie das Jubiläum zum 25-jährigen Bestehen der Gleichstel-

lungsstelle der Stadt Frankenthal und die dazu initiierte Vernissage zweier Künstlerinnen mit vier Spalten und Foto der Künstlerinnen vor einigen ihrer Werke zu beehren.

Dennoch muss ich den Tonfall der Berichterstattung in einigen Passagen kritisieren sowie einige inhaltliche Details, welche meines Erachtens falsch oder unvollständig dargestellt wurden, richtigstellen beziehungsweise ergänzen.

Die sehr gelungene und den Rahmen der tatsächlich für solche Feiertagen nicht so geeigneten Räumlichkeiten der Frankenthaler Behörde sprengende Veranstaltung verdient

hier den zwischen den Zeilen doch herauszuhörenden süffisant ironisierenden „Sound“ keineswegs.

Wenn hier Worte von Frau Birgit Löwer, der aktuellen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt, gleich im ersten Satz des Hauptberichts in Anführungszeichen als Zitat erscheinen – nämlich die „überwältigende“ Anzahl der Gäste und diese dann mit den 60 Besuchern in Korrespondenz gesetzt werden, welche die Schreiberin dieses Artikels meint wahrgenommen zu haben, klingt das fast schon sarkastisch.

Wenn die ausgezeichneten Arbeiten von Frau Klomann, welche sich mit dem Thema „Vielfältig – anders – gleich – Frauenbilder heute“ ein Jahr lang künstlerisch auseinandergesetzt hat, im Artikel der Schreiberin „wohnmöbelfest“ genannt werden, dann klingt das – mit Verlaub – zynisch und anmaßend. Woher nimmt denn die Schreiberin dieser Zeilen ihren Hochmut und qualifiziert eine solch gelungene und würdige Veranstaltung, die doch sehr über den in diesen Räumen üblichen Alltagspragmatismus hinausgeht und als Ausstellung ja noch andauert, dermaßen flapsig ab?

Des Weiteren soll hier erwähnt werden, dass es meinen Schätzungen nach mindestens 120 bis 130 Anwesende waren, welche die Räumlichkeiten sprengten. Sehr schade fand ich es zudem, dass die Pionierarbeit der leider verstorbenen Vorgängerin von Frau Löwer, Frau Jutta Wittholt, sowie die exzellent dargebotenen sehr eigenwilligen und mit dem Thema „Frauenbilder heute“ korrespondierenden musikalischen Überleitungen der Saxophonistin Ricarda Hage-

mann noch nicht mal eine Erwähnung wert waren.

Auf weitere Einzelheiten möchte ich hier nicht eingehen. Ich denke, dass das Gros der Anwesenden einen wunderbaren Abend hatte und das Kommen auf jeden Fall nicht bereut hat. Ich empfehle jeder Frau und jedem Mann den Besuch der bis 28. März noch andauernden Ausstellung.

Markus Kolb, Speyer



„Pussy Riot“ nennt Karin Klomann diese Arbeit, die in der Ausstellung im Frankenthaler Rathaus zu sehen ist. FOTO: BOLTE

Anlage 5

„Im Vorfeld verhindern“

Aufruf zur Wachsamkeit: Runder Tisch befasst sich mit Studie zu sexualisierter Gewalt gegen behinderte Frauen

Behinderte Frauen sind dreimal häufiger von sexualisierter Gewalt betroffen als nicht behinderte. Das ist ein Ergebnis einer Studie, die am Dienstag im Rahmen des Runden Tisches „Häusliche Männergewalt gegen Frauen“ von Anette Diehl vom Frauennotruf Mainz in Auszügen vorgestellt wurde.

Sexualisierte Gewalt bei behinderten Frauen und Mädchen, das war laut der Gleichstellungsbeauftragten Birgit Löwer lange Zeit ein Tabuthema. Licht ins Dunkel der Unwissenheit brachte eine Studie der Bundesregierung (siehe Stichwort). Der Frauennotruf Mainz setzt nach Aussage der Referentin seit 1992 den Beratungsschwerpunkt auf sexualisierte Gewalt an Frauen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen.

Bevor die Referentin auf die Studie einging, wollte sie einige Begriffe klären: Was ist eine Behinderung? Laut UN-Behindertenrechtskonvention entsteht eine Behinderung „aus der

Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und der Einstellung der umweltbedingten Barrieren, die eine gleichberechtigte Teilhabe verhindern“. Sie erläuterte weiter die Begriffe Gewalt als „Verletzung der körperlichen und seelischen Identität“ und sexualisierte Gewalt als „Ausdruck von Aggression und Macht“, indem Sexualität als Instrument eingesetzt wird, um „zu demütigen, zu erniedrigen, zu unterwerfen“.

Wo fängt sexuelle Gewalt an? Die Grenzen seien fließend und individuell, so Diehl. Sie unterschied die einzelne Grenzverletzung, etwa wenn ein neuer Pfleger eine behinderte Frau zur Toilette bringt, was bisher nicht so gehandhabt worden war, als Übergriff, wenn er dies trotz Einspruchs weiter tut, und als strafrechtliches Vergehen, wenn er den Gang zur Toilette für weitere Handlungen ausnutzt.

Generell waren laut Studie die befragten Frauen allen Formen von Ge-

walt deutlich häufiger ausgesetzt als nicht behinderte – die 2004 befragt wurden. Die Übergriffe beginnen danach bereits in Kindheit und Jugend. Als Erwachsene waren mit 58 bis 75 Prozent (Zahlen bei normaler oder vereinfachter Befragung) doppelt so viele Frauen wie im Bevölkerungsdurchschnitt (13 Prozent) von körperlicher Gewalt – betroffen und 21 bis 43 Prozent sexueller Gewalt ausgesetzt.

Auch in dieser Gruppe waren die Gehörlosen mit 43 Prozent und psychisch kranke Frauen mit 38 Prozent am stärksten belastet. Die Studie stellt sogar fest, dass drei Viertel der gehörlosen Frauen körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben, als Erwachsene 43 Prozent von sexueller Gewalt und 84 Prozent von psychischen Übergriffen betroffen sind.

Die Täter seien dabei wie bei nicht behinderten Frauen in der unmittelbaren Umgebung zu finden, also in

der Familie, bei Kollegen, Freunden oder auch als Mitbewohner und Personal in Einrichtungen.

Das Fazit der Studie lautete, dass Frauen mit Behinderungen unzureichend geschützt sind, dass viel mehr Gewaltprävention und das Stärken des Selbstbewusstseins notwendig seien. Und dass Übergriffe in Einrichtungen nicht tabuisiert werden. Etwa wenn ein behinderter Mann einer behinderten Frau an den Busen grabscht, soll dies nicht verharmlost werden nach dem Motto „er weiß ja nicht, was er tut“. Nein, sagte Diehl, „der weiß doch auch, dass man am Tisch nicht einfach von jedem Teller isst“.

Sie forderte, behinderte Menschen nicht als geschlechtslose Neutren zu betrachten, stattdessen bei der Identitätsfindung als Mann oder Frau zu helfen und Geschlechterrollen verstärkt zu hinterfragen. „Es geht nicht darum, gut zu reagieren, wenn etwas passiert, sondern das im Vorfeld zu verhindern“, so Diehl. (cei)

STICHWORT

Die Studie

Nachdem 2004 nicht behinderte Frauen befragt worden waren, wurden im Zeitraum 2009 bis 2011 erstmals im Rahmen einer repräsentativen Studie 1561 Frauen zwischen 16 und 65 Jahren mit körperlichen und seelischen Behinderungen, mit Lern-, Seh-, Sprach- und Hörbeeinträchtigung zu erlittener psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt befragt. Gleichzeitig wurde das Maß der Behinderung und die Lebenssituation der Frauen festgehalten. Auftraggeber war die Bundesregierung.

Im Ergebnis unterscheidet die Studie die Haushaltsbefragung und Befragung in Einrichtungen, wobei für Frauen mit geistigen Behinderungen vereinfachte Fragebogen eingesetzt wurden. Daraus folgen jeweils zwei Prozentzahlen.

Die Studie ist zu beziehen über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Telefon 0180 5778090, E-Mail publikationen@bundesregierung.de. Sie kann in Kurzfassung auch im Internet heruntergeladen werden unter www.bmfsfj.de. (cei)

Impressum

Herausgeberin	Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) Gleichstellungsstelle Karolinenstraße 3 67227 Frankenthal Telefon 06233 89-385 E-Mail birgit.loewer@frankenthal.de
V.i.S.d.P.	Birgit Löwer
Bildnachweis	Seite 07 – © Gleichstellungsstelle Seite 08 – © Gleichstellungsstelle Seite 08 – © Frauenselbsthilfegruppe nach Krebs e.V. Seite 08 – © Europäisches Filmfestival Seite 09 – © Projektträger Seite 09 – © pixelio.de Seite 10 – © pixelio.de Seite 10 – © pixelio.de Seite 11 – © Deutscher Gewerkschaftsbund Seite 11 – © Equal Pay Day Seite 12 – © Gleichstellungsstelle Seite 15 – © Terres des Femmes Seite 19 – © Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Seite 20 – © Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Seite 22 – © pixelio.de Seite 23 – © Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz Seite 24 – © Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Druck	Rathaus-Druckerei
Auflage	50
Stand	Dezember 2014